



# INFORMATIONEN DER SPD MEDEBACH

## Aus dem Rathaus

### Straßenausbau:

**Weiter so, ja oder nein, wer soll das bezahlen!** Die Frage stellt sich in letzter Zeit, nach vielen Kritikern, jeder Betroffene der zahlen soll, und nicht zuletzt auch die Verantwortlichen der Stadt.

Vor Jahren war es die Wasserversorgung, die meinen wir, ist gut gelöst. Haben Sie vielleicht in den letzten beiden trockenen Sommern Wassernot gelitten? Zu der Zeit sprach man auch nicht vom hohen Wasserpreis. Danach kam das unpopuläre Abwasserproblem, mit Kläranlage und den dazugehörigen Kanälen. Schließlich sollten und wollten die Medebacher einmal aus dem Negativkatalog im Reg. Bez. Arnsberg und es sollten nicht die Bäche schon von der Quelle aus verseucht sein.

Beides wurde angepackt, in dem Bewußtsein, dies koste uns alle einen großen Batzen. Dankbar müssen wir sein für die große finanzielle Beihilfe des Landes. Sehen Sie, und schon sind wir bei der Wurzel des heutigen Ärgers, dem Straßenausbau. Weitere Belastung für den Bürger und somit für uns alle. Es nutzt nicht, das früher Versäumte anzuprangern.

Erschwerend dazu kommen noch die leeren Taschen der Stadt. Die Ausgleichsstockrichtlinien sind genauestens einzuhalten, denn schließlich sollen uns andere bei der Finanznotlage helfen.

In der Stadtratsitzung vom 14. 1. 1977 wurden die Ortsstraßen im ganzen Gemeindegebiet klassifiziert in Hauptverkehrs-, Hauptschließungs- und Anliegerstraßen. Hiernach richtet sich die Höhe der Abrechnung nach KAG (Kommunales Abgabengesetz) und Satzung. Dies sollte der Wegweiser für die Abrechnung sein. Danach schien die auch einigermaßen gerecht eingeteilt, denn zunächst beschwerte sich keiner. Nur heute gibt es hin und wieder Kritik, wenn es an eine Straße geht. Hinzukommt noch die Frage: Bleibt die Straße so, wie sie vorher war, oder bestand vorher kein Ausbau? Entsteht eine Verbesserung, wird ausgebaut. Viele Fragen? Viele Antworten! Wie wird man allen gerecht? Jeder sollte wissen: Wird eine Straße nach den Aufbrüchen von Wasser und Abwasser wieder in den alten Zustand versetzt, gehen die Kosten auf unseren Wasserpreis, und der liegt bereits an der Spitze. Hier muß jeweils für jede einzelne Straße ein gerechtes Urteil gefunden werden. Für ALLE!

Bei Neubaugebieten ist dies einfach, 90% der Kosten bezahlen die Anlieger. Hier wird auch nicht gefragt, ob die Straße vielleicht eine Hauptschließungsstraße ist.

In den Genuß von Erleichterungen kommen Anlieger, die an Land- und Kreisstraßen wohnen. Hier zahlen Land bzw. Kreis die Straße, die Anlieger den Rest (Bürgersteig usw.).

So hat z. B. der Forst im Orketal in Medelon den Weg ausgebaut, einschließlich der eingebauten Schikanen. (Den Ausdruck hört man schon mal in der Sportreportage. Es muß sie also auch woanders geben).

Weiter, und das sollen Sie nicht zuletzt von uns erfahren: Beitragskosten landwirtschaftlicher Grundstücke, selbst mitten in der Stadt, können zinslos gestundet werden.

Straßenausbau: weiter so, ja oder nein, wer soll bezahlen? Wie würden Sie entscheiden? Steht der Ausbau Ihrer Straße an, gehen Sie in die Bürgerversammlung. Diskutieren Sie, bringen Sie Alternativen. Denken Sie aber immer daran: was die Anlieger nicht bezahlen, muß auf den Wasserpreis aufgeschlagen werden.

## Bericht aus Bonn

### Die soziale Ungerechtigkeit in unserem Lande nimmt zu.

Kohl hat die Wende versprochen, den genauen Kurs hat er nicht bestimmt. Soll es eine moderate Kurskorrektur werden oder eine Kehrtwende? Er wartet ab und lächelt mutig. Er läßt das Staatsschiff volle Kraft voraus in den Nebel fahren — wohin?

Seine Offiziere streiten sich unterdessen auf der Brücke immer heftiger um den Grad der Wende, um den Kurs der Politik. Immer mehr spricht dafür, daß die Wende bei 180° liegen wird; Albrecht, Lambsdorff, Stoltenberg und George setzen sich durch, Blüm wird Zacke um Zacke aus seiner Sozialausschußkrone gebrochen.

— Haimo George, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, will an die Löhne ran. Die Menschen sollen weniger verdienen. Wörtlich: „Wir werden weiterhin ein hohes Reallohniveau in Deutschland haben. Aber das ist um 10/15% absenkbar. Nicht schlagartig, sondern, vom heutigen Niveau auszugehen, auf die nächsten fünf bis zehn Jahre fortgeschrieben.“

— Lambsdorff, Tu-Nix-Wirtschaftsminister seit einer Reihe von Jahren, kümmert sich wenig um die Problembranchen, fordert deutsche Arbeitnehmer zu größerem Fleiß auf und fördert die Gewinne des Unternehmers.

— Stoltenberg entlastet die Reichen um mehrere Milliarden DM Vermögenssteuer, zahlt die Zwangsanleihe der Gutverdienenden zurück und hilft kräftig mit, Wohngeld, Kindergeld und BAföG zu kürzen und Gebühren, Beiträge und Mehrwertsteuer zu erhöhen.

— Albrecht setzt auf die Ellenbogen-gesellschaft.

— Blüm sagt: Alles nicht so schlimm. Die Wahrheit ist: Die soziale Ungerechtigkeit in unserem Lande nimmt zu. Die Wende wendet sich gegen Sie.

Kohls Lehrstellengarantie — „Jeder bekommt einen Ausbildungsplatz“ — hat sich als kalblütiger Wahlbetrug erwiesen.

Mit der Wende, die am 6. März viele Bürgerinnen und Bürger hoffnungsvoll gewählt haben, wird es nicht anders gehen. Gewendet wird, aber auf Kosten der kleinen und mittleren Einkommen und deren Familien. Das ist der Eindruck in diesem Herbst 1983 in Bonn.

Franz Müntefering, 18. 9. 1983

### Azubis in Medebach

Eine Nachfrage beim Arbeitsamt Meschede Anfang Juli ergab folgende Situation für das Stadtgebiet Medebach:

Zu diesem Zeitpunkt bemühten sich noch 20 Jugendliche um einen Ausbildungsplatz in der näheren Umgebung von Medebach. Weitere 20 Schulabgänger hatten sich schon vorher notgedrungen, weil sie an keinen Erfolg ihrer Bemühungen mehr glaubten, um einen weiteren Schulbesuch bemüht und sich hierdurch eine Schulbank als Überbrückung für das nächste Jahr gesichert. Eine erneute Nachfrage Ende August ergab nach Angaben des Arbeitsamtsleiters, Herrn Kandel, eine unverändert schlechte Situation. Weitere 11 Schüler und Schülerinnen konnten noch auf einer Schule unterkommen. Nun könnten Optimisten sagen: Es fehlen nur noch 9 Ausbildungsstellen. Dies wäre jedoch weit gefehlt und richtig ist, wiederum nach Angaben von Herrn Kandel: Es fehlen immer noch 40 Lehrstellen im hiesigen Raum! Zugegeben, diese 40 werden wohl nicht gerade die „Besten“ dieses Jahrganges sein, vielleicht sind auch einige mit Sonderschulabschluß darunter, aber auch und gerade diese jungen Menschen dürfen von einer Berufsausbildung nicht ausgeschlossen werden! Auch sie haben ein Recht auf eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung. Nun hört man heute wieder viel von Mobilität, die man als Jugendlicher in Kauf nehmen muß, die Arbeit kann nicht jedem vor die Haustüre gebracht werden usw. Dies stimmt alles, aber wieviele Jugendliche mit 16 Jahren haben diese Mobilität denn schon bewiesen, um eine Lehrstelle zu bekommen? Hierrüber veröffentlicht niemand genaue Zahlen! In verkehrsmäßig gut erschlossener Großstadtnähe ist Mobilität auch leichter zu beweisen, als im südlichen Sauerland und anderen regionalbenachteiligten Gebieten! Nicht jeder hat einen Onkel oder eine Tante in der Großstadt wohnen, wo er unterkommen kann und auch gerade noch eine Lehrstelle bekommt, die seinen Eignungen und Wünschen entspricht. Es ergibt auch keinen Sinn, wenn man heute Jugendarbeitsschutzgesetz z. B. für Ausbildungsplätze im Bäckerberuf lockert, damit einige willige Jugendliche überredet werden können, diesen Beruf zu erlernen, obwohl sie schon genau wissen, daß sie anschließend keine Chance haben, in diesem Beruf weiterbeschäftigt zu werden. Es nützt überhaupt nichts, z. B. 30.000 neue Lehrstellen zu schaffen, wenn dies keine Berufe sind, die auch Zukunft haben! Wer fängt schon gerne eine Ausbildung an, von der er vorher schon weiß, daß er anschließend in diesem Beruf nicht weiterarbeiten kann?

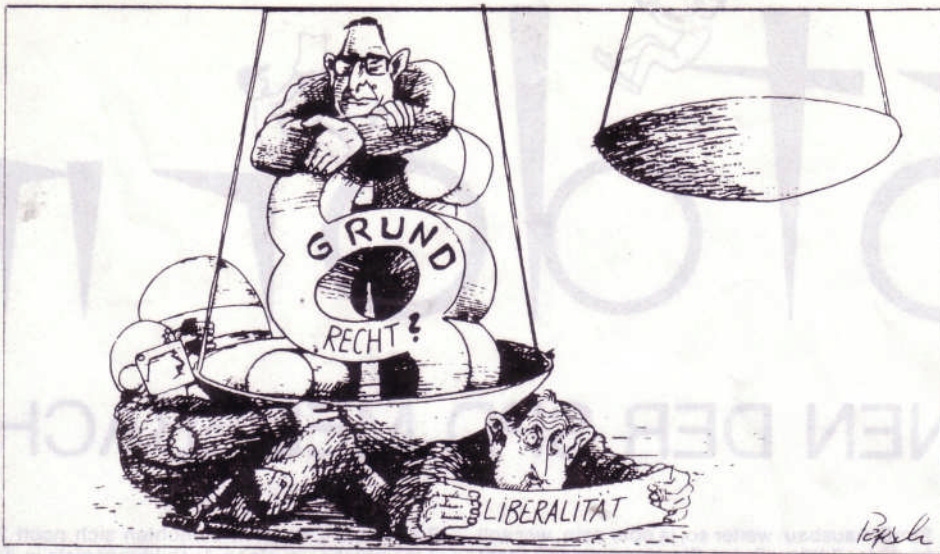
Zum Schluß veröffentlichen wir nochmals die Lehrstellensuche von 20 Medebachern Jugendlichen:

Bei den männlichen Lehrstellensuchenden sind folgende Berufswünsche:

1 Maschinenschlosser, 1 Landmaschinenschlosser, 1 Elektroinstallateur, 1 Fleischer, 1 Koch, 1 Maurer, 1 Maler/Lackierer, 2 Verkäufer, 1 Kaufmann im EDV-Bereich, 1 Verwaltungsangestellter;

weibliche Berufswünsche:  
1 Köchin, 2 Verkäuferinnen, 2 Büroangestellte, 1 Rechtsanwalts- und Notargehilfin, 1 Industriekaufmann und 2 Hauswirtschafterinnen.

Vielleicht ist auf diesem Wege noch jemand bereit, einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Das Arbeitsamt in Olsberg oder Meschede steht für Auskünfte gern zur Verfügung.



## Zur Person

### Hundert Tage Schonfrist gewährt man gemeinhin einem neuen Kanzler oder Präsidenten.

Nach immerhin eineinhalb Jahren daher einige Betrachtungen zu unserem neuen Verwaltungschef. Ein Streiflicht sozusagen. Neue Besen kehren bekanntlich gut. Daß dies manchen verstaubten Winkel nicht gefällt, ist Sinn der Neuerwerbung. Andererseits erwartet man zwar von einem Besen, daß er sich willig lenken läßt, vom Stadtdirektor hingegen Selbständigkeit, Urteilsvermögen, Führung.

Sein Bestreben, anstehende Entscheidungen ausreichend zu begründen, erleichtert für Bürger und Rat die Diskussion. Problematisch wird dies nur, wenn neue Überlegungen den Panzer eigener Festlegung nicht mehr durchdringen können. Da fällt manch harsches Wort auf, bei Meinungsverschiedenheiten behält er sich das letzte Wort vor und schreibt auch schon mal einen Brief an die Stadtvertreter.

In rechtlichen Dingen gar hält er die Ratsmitglieder offenbar für völlig überfordert, eine wenigstens nicht völlig ungerechtfertigte, so doch keineswegs unanfechtbare Meinung. Bei Straßenausbau, Baugenehmigungen, Planungen etwa sind rechtliche und tatsächliche — meist technische — Fragen oft so miteinander verzahnt, daß die rechtliche ohne die technische Frage gar nicht besprochen und entschieden werden kann. Hier würde sich manchmal mehr Zurückhaltung empfehlen, ein offenes Ohr für die Fachleute.

Das gilt übrigens auch dann, wenn mit feinem Gespür für die schon feststehende Entscheidung nur noch die passende Begründung gesucht wird. Nicht nur Stehvermögen ist gefragt, auch Erkenntnis der eigenen Grenzen. Ärgerlich ist unserem Stadtdirektor ganz offensichtlich besonders jeder Widerspruch gegen seine Rechtsauffassungen. Hier kommt ihm der Unwille manches Stadtvertreters zu Hilfe, sich mit „juristischem Kram“ zu befassen.

Wie bei so vielen anderen auch mangelt es am rechten Verständnis dafür, daß die Rechtsordnung dem Ausgleich der unterschiedlichen Interessen dient. Stattdessen benutzen viele häufig das Gesetz lediglich als Vehikel, um ausschließlich ihre eigenen Ziele zu verfolgen, lassen es aber beiseite, wenn es die Interessen anderer schützt.

Daß eine Medeloner Bürgerin in einem Leserbrief ein im Grundgesetz verbrieftes Grundrecht als „nicht verständlichen Streit um Rechtsauffassungen“ abtut, verdeutlicht nur das verbreitete Fehlen eines verwurzelten Rechtsgefühls. Da die Gegenseite sich auf ein Grundrecht berufen kann, appelliert Frau Huhnold offensichtlich an ein gesundes Volksempfinden und erhält dafür lebhaften Beifall.

Das eben ist das wesentliche Problem: das Wort vom Rechtsstaat führt man ständig im Munde, aber man praktiziert ihn nicht. In jedem anderen demokratischen Staat würden die Bürger es als Skandal empfinden, wenn ein vom obersten Bundesgericht vom Vergehen des Meineides nur wegen seiner Unzurechnungsfähigkeit

freigesprochener Mann Minister würde. In Deutschland aber macht man diesen Herrn Zimmermann gar zum Verfassungsminister. Nichts zeigt besser als diese — gelinde gesagt — Instinktllosigkeit, welch nachrangigen Stellenwert das Recht im Bewußtsein vieler Mitbürger auch in verantwortlichen Positionen einnimmt. Und wie rüde springt dieser Verfassungsminister mit Andersdenkenden um! Bei solchem Beispiel ist es kaum verwunderlich, daß man die zum Begriff des Rechtsstaats gehörende Toleranz zwar von anderen für sich selbst verlangt, selbst die anderen aber nicht gewährt.

Nicht die Medeloner Stupa ist das eigentliche Problem, sie ist nur der Anlaß, der schmerzlich die Unterentwicklung rechtsstaatlichen Denkens zeigt. Gegenüber der eigenen Intoleranz zählt dann auch das Wort des Papstes nicht, der kürzlich in Lourdes die Verletzung des Menschenrechts auf Bekenntnisfreiheit scharf verurteilt hat.

Besonders ärgerlich ist die Unterstützung des Volksempfindens durch einen Stadtdirektor mit zweifelhaften Rechtsauskünften. Nicht gestärkt sondern geschwächt wird unsere Rechtsordnung, wenn — im Falle der Stupa sogar unter Verkennung des Grundgesetzes — der Bürger den Eindruck gewinnen muß, letztlich könne man mit Auslegungskünsten immer das Gesetz auf die eigene Seite ziehen. Schon einmal ist man mit dem Gesetz so umgegangen, als mit eigenwilliger Gesetzesinterpretation ein ablehnender Ratsbeschluß zur Gewerbesteuer ermöglicht wurde, letztlich ein bloßer Trick um eines politischen Alibis willen.

Unsere Rechtsordnung ist keine beliebig manipulierbare Manövierrasse, aus der man sich ein Mäntelchen aus Paragraphen schneiden kann, unter dem schamhaft ganz andere, gewöhnlich politische Ziele versteckt werden.

Wenn wir nicht begreifen lernen, was es heißt: alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, Medeloner Christen wie deutsch-tibetische Buddhisten, dann ist unser Rechtsstaat auf Treibsand gesetzt. Dauerhaft gegründet wird er nur sein können, wenn er vom Rechtsgefühl des Volkes getragen statt vom bekannten „gesunden Volksempfinden“ beiseitegeschoben wird; wenn rechtliche Grundsätze, vor allem Toleranz, nicht den Juristen überlassen werden sondern in die Grundüberzeugungen jedes Bürgers Eingang finden; wenn sie nicht mehr als juristischer Formelkram sondern als Selbstverständlichkeiten angesehen werden. Bis dahin ist es aber wohl noch ein weiter Weg, auf dem viele Stupa-hohe Steine liegen.

Unter diesem Aspekt, Herr Stadtdirektor, sollte eine vernünftige Zusammenarbeit auch dann möglich werden, wenn Sie zunächst durch die vorgetragene, aber ja nicht nur Sie treffende Kritik sich mißverstanden oder gar gekränkt fühlen.

Wir wünschen auch in Zukunft eine sachliche Zusammenarbeit im Rat. Diese sollte nicht durch persönliche Animositäten erschwert werden. Darum haben wir Herrn Nolte die Möglichkeit zur sofortigen Stellungnahme eingeräumt:

## Erwiderung des Stadtdirektors

Genau ein Jahr noch sind wir von den Kommunalwahlen entfernt. Wen wundert es da, wenn pünktlich die Stacheln des Rotdorn spitzer werden und noch manchen zu stechen versuchen. Von der Meinungsvielfalt lebt die Demokratie. Ich begrüße Kritik, weil sie zum Nachdenken anregt, halte sie aber nur dann für gut, wenn sie konkret und nachvollziehbar wird. So pauschal und verallgemeinernd, wie hier vorgetragen, ist es so schön einfach und kaum angreifbar. Jedoch, sticht der Rotdorn zick-zack? Da werden Selbständigkeit und Führung verlangt und schon fünf Sätze weiter mehr Zurückhaltung. Soll letzteres etwa immer dann gelten, wenn im Rat persönliche Interessen betroffen sind? Gerade in Bau- und Planungsangelegenheiten wird manchmal noch munter mitdiskutiert, wenn die Mitwirkung wegen persönlicher Befangenheit verboten wäre. Hier bin ich für Sauberkeit, auch wenn es dafür Ärger gibt. Ich habe mein Amt in einer Stadt angetreten, deren Verschuldung um ca. 100% über dem Landesdurchschnitt liegt, was durch tlw. dringende Investitionen in den letzten Jahren mitbedingt ist. Da bin ich nach meinem Eid verpflichtet, Schaden abzuwenden, wenn in dieser Situation finanziell verhängnisvolle Anträge gestellt werden oder Vorhaben in Angriff genommen werden sollen, die ohne sorgfältige Vorbereitung aus der Westentasche gezogen werden und für die kein Pfennig im Haushalt steht! Trotz allem, alle wichtigen Entscheidungen trifft der Rat — wie sollte ich da das letzte Wort gepachtet haben?

Schließlich, ist es nicht intolerant, bei der Stupa in Medelon nur die eigene Rechtsauffassung gelten zu lassen? Ich jedenfalls toleriere auch andere!

Und wer hatte da eigentlich das letzte Wort in der Presse?

## Straßenaufbrüche = Ärger

Da sind unsere Versorgungsunternehmen, ob Stadt mit Wasser und Abwasser, oder Post mit Telefon und Fernsehen, oder VEW (Strom) und WFG (Gas). Alle wollen unter die Erde im Straßen- oder Bürgersteigbereich. Durch Neuverlegung oder Reparatur bekommen die Verkehrswege erstmal wieder ein Loch. Ein notwendiges Übel, das man hinnimmt, vor allem wenn man bei einer Neuverlegung ALLE unter einen Hut bekommt, und alles möglichst zusammen ausgeführt wird. Unverständnis kommt auf, wenn einer nach dem anderen bastelt und jedesmal Straße oder Bürgersteig neu aufgerissen werden. Man nimmt auch alles hin, wenn die Baustelle schnell wieder geräumt würde. Mit der VEW und der WFG scheint dies in Abstimmung mit der Stadt besser zu klappen, als mit der Post. Hier hat man auch jeweils einen Verantwortlichen am Ort. Über die Arbeitsweise der Post hört man, von vielen Bürgern angesprochen, nicht viel Gutes, wobei von der Arbeit selbst lieber erst garnicht gesprochen werden soll, sondern nur vom Ablauf. Da werden Löcher aufgebrochen und bleiben offen liegen. Nach Tagen oft sieht man erst, das da etwas weiteres geschieht. Geht endlich, sagt man sich, macht endlich das Loch wieder zu. „Denkste“ nach Tagen erst wird es Wirklichkeit. Vielleicht haben wir auch noch das Glück, daß vieles wieder reinpaßt, sonst bleibt ein Dreckhaufen noch Wochen daneben liegen. Vernünftige Absicherung in der Bauzeit scheint ein Fremdwort zu sein. Vor dem Eingang der Volksbank hat die Post den besten Anschauungsunterricht gegeben. Und dies Beispiel ist im Stadtgebiet kein Einzelfall. Das Maß ist langsam voll, die Stadt ist gefordert, nun mit der Post mal richtig DEUTSCH zu reden!

## Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Medebach  
Redaktion: Dietmar Bügler, Roninghausen 5,  
5789 Medebach  
Satz/Druck: Kräling-Druck, Siedlinghausen